

Bundesministers Dr. Haack hat Anfang 1981 eine Sachverständigenkommission „Wohnungspolitik“ berufen, die sich aus Vertretern der Wohnungswirtschaft, der Kapitalsammelstellen, der Länderministerien und der Wissenschaft sowie Kommunalvertretern zusammensetzte. Diese Kommission legt jetzt ihre Empfehlungen vor. Die hier wiedergegebenen Voten sind mit unterschiedlichen Mehrheiten zustande gekommen. Sie stellen insofern nicht die Meinung jedes einzelnen Kommissionsmitgliedes dar. Die Kommission gibt zusammengefaßt folgende Empfehlungen:

Förderung des Mietwohnungsbaus

a) Für den freifinanzierten Mietwohnungsbau wird - neben der Verbesserung des Mietrechts - eine leichte Verbesserung der degressiven Abschreibung gefordert.

b) Der soziale Mietwohnungsbau im ersten Förderungsweg sollte im Rahmen einer Zielgruppenstrategie - nicht im Rahmen einer allgemeinen Mengenstrategie - als kurzfristige Maßnahme intensiviert werden.

c) Zur Verbreiterung des Angebots sollte Mietwohnungsbau auch bei erheblich verringerter öffentlicher Förderung, höheren Anfangsmieten und verkürzten Bindungsfristen erfolgen.

d) Die Kosten der öffentlichen Förderung sollten durch die folgenden Maßnahmen verringert werden:

(1) Die eingesetzten Förderungsmittel sollten durch einen Wettbewerb der Bauherren um öffentliche Mittel (bei vergleichbaren Wohnungen) minimiert werden!

(2) Im bisherigen zweiten Förderungsweg sollte in Weiterentwicklung der Praxis einiger Länder die Kostenmiete durch eine „vereinbarte Miete“ ersetzt werden.

(3) Die Mieten - und damit die notwendigen Subventionen - sollten in ihrer Höhe stärker vom Einkommen abhängig sein.

(4) Steuervorteile, insbesondere auch im Rahmen von Bauherrenmodellen, sollen in der Bemessung der Subventionen berücksichtigt werden.

(5) Verfügungsrechte über Wohnungen für Zielgruppen sollten auch durch den Ankauf von Bindungen aus dem Bestand erworben werden, nicht nur durch den Neubau.

e) Steuerbegünstigte Pfandbriefe und Darlehen - etwa entsprechend dem Berlin-Darlehen - werden wegen des Präzedenzfalls für Subventionsforderungen aus anderen Bereichen und der Höhe der Steuerverzichte als Instrument der Wohnungsbaufinanzierung abgelehnt.

Mietrecht

Lockerungen des Mietrechts hält die Kommission zugunsten eines verbesserten Investitionsklimas für notwendig, da neben anderen investitions hemmenden Faktoren auch das Mietrecht zum Rückgang des freifinanzierten Mietwohnungsbaus beigetragen hat. Bei Nichtantastung des Kündigungsschutzes sollten nach Meinung der Experten folgende Erleichterungen im Mieterhöhungsverfahren möglich sein:

- Gemeinden ab einer bestimmten Größenordnungsklasse werden gesetzlich verpflichtet, Mietspiegel aufzustellen.
- Jedes Mieterhöhungsverlangen gilt im gesetzlichen Sinne als begründet, sofern die verlangte Miete innerhalb der Spanne der Mieten vergleichbarer Wohnungen liegt.

kurz notiert:

Presseerklärung der Sachverständigen-Kommission „Wohnungspolitik“ vom 20. Mai 1981

- Mietsteigerungen sollen zwischen Mieter und Vermieter für eine begrenzte Zeit sowohl für neugebaute Wohnungen wie bei neuvermieteten Wohnungen des Bestandes vereinbart werden können (Staffelmiete).
- Die formalen Anforderungen eines Mieterhöhungsverfahrens sollen durch eine Verkürzung der Fristen und die Heilung von Formfehlern verringert werden.

Modernisierungsförderung

Das Verhältnis der Förderung von Modernisierung und Stadterneuerung zur Neubauförderung scheint der Kommission von zentraler Bedeutung. Modernisierungsinvestitionen werden im Vergleich zu Neubauinvestitionen z.Zt. übermäßig gefördert. Die Neubauschwäche und damit die Angebotsengpässe sind dadurch mit verursacht worden. Die Kommission ist der Meinung, daß durch den Abbau steuerlicher Förderungen erhebliche Einsparungen zugunsten der Förderung des Neubaus möglich sind, ohne daß die Investitionsneigung im Baubereich in erheblichem Maße getroffen wird (Abbau von Mitnehmereffekten). Im einzelnen macht die Kommission zur steuerlichen Behandlung von Bestandsinvestitionen folgende Vorschläge:

- Vorübergehende Aussetzung der Begünstigung nach § 7b EStG im Altbau (beim Erwerb von Wohnraum aus dem vorhandenen Bestand).
- Verringerung der Sonderabschreibungen nach § 82 a EStDV z.B. durch Beschränkung auf Vermieter und Energiesparmaßnahmen von Eigennutzern.
- Keine Veränderung der Grunderwerbssteuer (die im Bundesratsvorschlag enthaltene Vereinheitlichung auf einen Grunderwerbssteuersatz von 2% unter weitestgehender Abschaffung der Befreiungstatbestände würde gleichzeitig Erwerber und Verkäufer von Altbauten und damit den Handel mit Altbauten im Verhältnis zum Neubau gegenüber der bisher bestehenden Lösung begünstigen).

Die direkte Modernisierungsförderung sollte gezielter eingesetzt werden, wobei Gebiete mit ungünstigen Investitionsvoraussetzungen durch höhere Fördersätze stärker begünstigt werden sollten. Auch sollten Eigenheimer mit mittleren und höheren Einkommen von der Förderung im Rahmen des Modernisierungsprogramms ausgeschlossen werden.

In Ausnahmefällen sollen auch reine Instandsetzungsmaßnahmen gefördert werden, um kurzfristig leerstehenden Wohnraum wieder nutzbar zu machen.

Förderung eigengenutzten Wohnraums

Alle Erwerber eigengenutzten Wohnraums sollten in den Genuß einer steuerlichen Grundförderung kommen, die gegenüber dem jetzigen Zustand leicht verstärkt wird. Die Verwaltungsaufwendige und wenig ergebnisreiche Besteuerung des Nutzungswertes eigengenutz-

ten Wohnraums sollte aufgehoben und aller eigengenutzter Wohnraum steuerlich gleichbehandelt werden. Damit würde auch die starke Bevorzugung der Haushaltung, die Zweifamilienhäuser insgesamt selbst nutzen (unechte Zweifamilienhäuser) entfallen.

Eigengenutzte Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen werden für Bauherren mit relativ hoher Verschuldung steuerlich schlechter behandelt als eigengenutzte Zweifamilienhäuser. Die Kommission schlägt die sog. Konsumgütlösung vor, mit der eine Gleichbehandlung eigengenutzten Wohnraums unabhängig von der Wohnform erreicht wird. Bei dieser werden Aufwendungen und Erträge eigengenutzten Wohnraums - wie bei anderen Konsumgütern - steuerlich nicht erfaßt. Die Förderung kann unabhängig von steuersystematischen Überlegungen im Rahmen der Sonderausgaben entsprechend der gewollten Förderungswirkung gestaltet werden.

Neben der steuerlichen Grundförderung sollte eine belastungsorientierte Konzentration der direkten und der zusätzlichen indirekten (steuerlichen) Eigentumsförderung höhere Anstoßeffekte der Förderung erreicht werden. Mehr Haushalte, die ohne Förderung auf Dauer nicht oder sehr viel später hätten bauen können, sollen auf diese Weise den Sprung ins Eigentum schaffen.

Das Gewicht der Programmförderung darf im Vergleich zur steuerlichen Förderung nicht verringert werden. Im Rahmen der Konzentration sollte stärker nach dem Familienstand differenziert werden. Die räumliche Verteilung der Förderung soll die hochverdichteten Regionen deutlich begünstigen, um stärker zur Beseitigung von Wohnungsmarktengepässen beizutragen.

Bauland

Die Kommission hält es aus Gründen der Erweiterung des Angebots von Wohnraum für nötig, das Baulandangebot insbesondere in Ballungsgebieten zu erweitern.

Es sollten gesetzliche Instrumente zur Verfügung stehen, die es ermöglichen, das Bauland unmittelbar nach der Erschließung angebotswirksam und zügig der Bebauung zuzuführen. Die Landesplanung sollte die Folgen ihrer Entscheidungen auf die Wohnungsversorgung mitbedenken!

Sozialer Mietwohnungsbestand

Die Sachverständigen-Kommission ist der Meinung, daß es in Gebieten mit noch bestehendem Bedarf an neuen Sozialwohnungen wenig sinnvoll ist, vorzeitig auf Bindungen zu verzichten. Es käme vielmehr darauf an, dort die Bindungen intensiver für die Unterbringung der Zielgruppen der Wohnungspolitik zu nutzen. In den sonstigen Gebieten ist eine Auflockerung der Bindungen anzustreben. Zinserhöhungen - mit der Folge von Mieterhöhungen - sollten nur soweit zulässig sein, als sie in Gebieten mit noch bestehendem Förderungsbedarf nicht zu einer vorzeitigen Beendigung der Sozialwohnungsbindungen führen. Für mehrverdienende Eigentümer und Mieter in Gebieten, in denen deutliche Mietvorteile für Sozialwohnungen bestehen, wird für eine begrenzte Zeit eine Fehlsubventionsabgabe gefordert.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen

Für die 900.000 nicht öffentlich geförderten Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die bis zum 2. Weltkrieg gebaut worden sind, soll das Kostenmietprinzip aufgehoben werden, so daß die Mieten an der Untergrenze der Marktmiete gebildet werden können. Gleichzeitig sollten für diese Wohnungen Belegungsbindungen eingeführt werden.

Ferientip vom Service Civil International

Für junge Leute, die die Nase vom Konsum-Tourismus voll haben und ihr Ferienland besser kennenlernen wollen als durch den obligatorischen Sonnenbrand und aus der Heimat bestens bekannte Speisen haben wir ein Angebot.

Das Programm „Mach mit ... pack zu - Internationale Workcamps SCI Sommerprogramm 1981“ ist soeben erschienen und umfaßt 300 Workcamps in 40 Ländern West- und Osteuropas, Westafrikas und Asiens. Es kann bestellt werden bei SCI, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1. Bei den Workcamps sind nur die eigenen Reisekosten und 95,- DM (Teilnehmerbeitrag + Versicherung) zu zahlen. In den Camps soll durch das gemeinsame Leben einer internationalen Gruppe und freiwillige Arbeit für ein gemeinnütziges Projekt ein konkreter Beitrag zur Völkerverständigung und zum Frieden geleistet werden; angesichts der atomaren Drohung dringender denn je!

Durch die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen wird ein direkter Kontakt zur Bevölkerung hergestellt, werden brennende Fragen der Jugend behandelt. Die Themen reichen von Umweltschutz und Engagement gegen AKW's über pädagogisch sinnvolle Spielplätze und Jugendzentren bis zum Erhalt antifaschistischer Gedenkstätten, Solidaritätsaktionen für unterdrückte Völker bis hin zu Ost-West-Begegnungen.

SCI, Blücherstraße 14,
D-5300 Bonn 1
Tel. 0228/212086/7

HdK hat Studienplätze

Die Berliner Hochschule der Künste hat ein Werbepaket verfaßt, mit dem sie im Numerus clausus-Fach Architektur um Studenten wirbt: Es seien noch Studienplätze frei! Wie werde ich also Architekt? Anmelden in der HdK, Hardenbergstr. 33, Berlin!

Es wird laut Prospekt geboten

● unmittelbarer Kontakt zu den bildenden Künsten Malerei, Plastik und Grafik

● nach Schwerpunkten und Projekten orientiertes Studium

● intensive Betreuung in kleinen Gruppen

● große Lehr- und Studienmobilität

● besondere Berücksichtigung kultureller und gestaltungsbezogener Belange

● moderne Einrichtungen, wie Video-Anlage, Modellbauwerkstatt, Repro-Anlage

● Farb/Licht-Labor, EDV-Anlage usw.

Voraussetzung: Allgemeine Hochschulreife und eine künstlerische Begabung

Studienbeginn: Jeweils zum Wintersemester

Abschluß: Dipl.-Ing. (Diplom-Hauptprüfung)

Anmerkung der Redaktion:

In ARCH+ 56 haben wir unter dem Titel: Denkmalpflege, Schützen und Gebrauchen - ein Widerspruch? den Briefwechsel zwischen Julius Posener und Dieter Hoffmann-Axthelm über Sinn und Aufgaben der Denkmalpflege veröffentlicht. Dabei wurden von Julius Posener nicht zur Veröffentlichung freigegebene Passagen, die nur an den persönlichen Adressaten gerichtet waren, aus Versehen mit abgedruckt. Wir bedauern diesen Fehler und entschuldigen uns bei Julius Posener.

Redaktion ARCH+

kurz notiert:

Bundesgartenschau

Begleitausstellungen

„Gewächshäuser und Wintergärten im neunzehnten Jahrhundert“

6. Juni bis 12. Juli in der Gesamthochschule Kassel, Kunsthochschulbereich, Menzelstraße 15.

Die Ausstellung, Teil der Ausstellungsreihe „Kunstaussstellungen zur Bundesgartenschau 1981 Kassel“, dokumentiert in Texten und Photographien Ursprünge und Entwicklung von Gewächshäusern und Wintergärten, angefangen bei der barocken Orangerie, bis hin zu den Winterpalästen des späten 19. Jahrhunderts.

Besonders herausragende Beispiele noch bestehender Bauten werden ausführlich dargestellt.

Zur Ausstellung erscheint im Verlag Gerd Hatje, Stuttgart (Wildunger Str. 83, 7000 Stuttgart 50) das Buch Stefan Koppelkamm: Gewächshäuser und Wintergärten im neunzehnten Jahrhundert zum Preis von 58,- DM.

Königliche Gewächshäuser,
LAEKEN, Belgien
Aslphonse Balat
Wintergarten (1876)

LEBERECHT MIGGE - Gartenkultur des 20. Jh.

Eine Ausstellung in der Zeit vom 28.8. bis 14.10., Menzelstr. 15, Kassel Der Gartenarchitekt und Siedlungsplaner Leberecht Migge (1881 bis 1935) hat in Theorie und Praxis das Konzept der bodenproduktiven Selbstversorgungsiedlung vertreten. Gartenkultur heißt darin: Anlage von Nutzgärten. Die heutige Vergessenheit seiner siedlungspolitischen Reformkonzepte steht im umgekehrten Verhältnis zu



Foto: koppelkamm

seiner Bedeutung in den Auseinandersetzungen der 20er Jahre um einen humanen Siedlungsbau und zu den aktuellen Bezügen seiner Vorschläge zur Nutzbarmachung der städtischen Freiflächen.

Migges Projekte werden in einer umfassenden Ausstellung zum ersten Mal zugänglich gemacht. Sie wird von einer Arbeitsgruppe an der Gesamthochschule Kassel Fb 13 erstellt.

Zu dieser Ausstellung erscheint im Worpweder Verlag P. Elze ein Katalog.

Anzeige

Montagen ins Blaue

Irene-Charlotte Lusk
Montagen ins Blaue
Laszlo Moholy-Nagy:
Fotomontagen und -collagen
(1922-1943)
Werkbund Archiv 5
geb. 76,-, Paperback 39,-

Laszlo Moholy-Nagy:
"Die Lichter der Stadt" um 1927

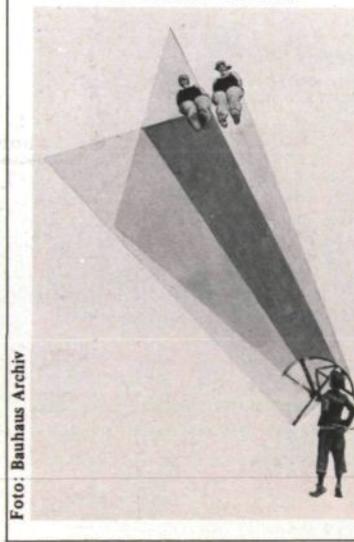


Foto: Bauhaus Archiv

Laszlo Moholy-Nagy (1895-1946), Bauhauslehrer in Weimar und Dessau, war der bedeutendste künstlerische Vertreter des Konstruktivismus in Deutschland und zugleich dessen wichtigster Theoretiker. Moholy konstatiert in den zwanziger Jahren eine Revolution der menschlichen Wahrnehmung durch die modernen Umweltbedingungen, deren Gesetze er in allen Bereichen der optischen Kultur sichtbar zu machen versucht.

Nachdem die Veröffentlichung seiner Fotos und Fotogramme 1978 eine Moholy-Renaissance eingeleitet hat, legt nun der Anabas-Verlag einen Band vor, der erstmals sämtliche Fotomontagen und -collagen des Künstlers vorstellt und im Zusammenhang seiner Theorien über das Neue Sehen interpretiert. Irene-Charlotte Lusk erläutert am Beispiel von Moholys Fotomontagen die Dimensionen, aber auch die Grenzen der Wahrnehmungsrevolte der bürgerlichen Avantgarde der 20er Jahre. Die Montagen und Collagen sind ganzseitig im Duplex-Verfahren reproduziert und einzeln interpretiert. Dabei werden Verbindungslinien herausgearbeitet zu Moholy-Nagys sonstiger künstlerischer Arbeit auf den Gebieten der Malerei, Typografie, Plastik, Fotografie und Bühnengestaltung, daneben aber auch Berührungspunkte mit der zeitgenössischen künstlerischen Produktion, vor allem dem Schaffen von John Heartfield und El Lissitzky aufgezeigt.

Godesburger Gespräche

Der Bund Deutscher Architekten BDA veranstaltet am Donnerstag, dem 27. November 1981, auf der Godesburg in Bonn-Bad Godesberg sein 10. Godesburger Gespräch.

Dieses Gespräch zu Architektur - „die unvollendete Moderne“ (nach einem Aufsatz von Habermas) sucht die Diskussion über den gegenwärtigen Stand von Architektur und ihrer Zukunft. Neben Architekten, Kunsthistorikern und Pädagogen diskutieren und sprechen Politiker und Kulturphilosophen.

Asbest im Bauwesen

aus einer Mitteilung des Bundesumweltamtes v. 5.5.81

Asbestzementprodukte und Fußbodenbeläge sind bei bestimmten Bearbeitungs- und Verwendungsvorgängen diffuse Emissionsquellen für Asbeststaub, die sowohl zu einer besonderen Gefährdung der Beschäftigten (berufliche und außerberufliche Handwerker) als auch der Menschen im Nachbarschaftsbereich führen können.

Eine Abschätzung der in der Bundesrepublik Deutschland aus diesen Produkten insgesamt emittierenden Asbestmengen ist mit den vorliegenden Ergebnissen nicht möglich, da die Parameter Notwendigkeit, Umfang und Dauer von Bearbeitungsvorgängen, Bearbeitungsverfahren, eingesetzte Schutzmaßnahmen, Verwitterungsverhältnisse, Verwendungsarten usw. auch bei gleichen Produkten zu stark schwanken.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen jedoch sehr deutlich, daß punktuell am Ort und in der Nähe der Produktbearbeitung nicht tolerierbare Asbestemissionen entstehen. Es emittieren inhalierbare Asbeststaubkonzentrationen, die auch bei den zum Einsatz gekommenen handelsüblichen Geräten mit Absaugevorrichtungen keinen ausreichenden Schutz der Beschäftigten und deren Umgebung darstellen.

Die hier gemessenen Emissionen sind aus diesem Grund besonders kritisch zu beurteilen, weil die Betroffenen über das Ausmaß der Asbestemissionen und deren Gefährlichkeit im allgemeinen nicht genügend informiert sind, um geeignete Schutzmaßnahmen (z.B. Atemschutz) zu ergreifen. Wichtig ist auch die Feststellung, daß Asbestzementplatten, deren Oberfläche ungeschützt ist, durch Verwitterung Asbestfasern freisetzen und zur Luftbelastung beitragen können.

Neue BAUÖK-Papiere

Ruth Becker
Die Berechnung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau zur Problematik der Gewinne in der Kostenmiete
Reihe BAUÖK-Papiere 35 (ergänzte Neuauflage 1980), 54 S. und Anhang, DM 6,- + Porto und Verpackung

Wolfgang Kopp
Finanzierung des Privaten Wohnungsbaus - Leitfaden für Architekten und Bauherren
Reihe BAUÖK-Papiere 36, 313 S. und Anhänge, DM 26,- + Porto und Verpackung

Bibliografie Modernisierung von Wohnungen
Nachtrag 1980, Ergänzungsband zu BAUÖK-Papiere 16
Reihe BAUÖK-Papiere 37, 110 Bl., broschiert 15,- DM, Studenten 10,- DM + Porto und Verpackung

Hrsg.: Institut für Bauökonomie der Universität Stuttgart, Keplerstraße 11, Postfach 560, 7000 Stuttgart 1

Dokumentation zur Berliner Wohnungspolitik und zu den Hausbesetzungen

- Dokumentation zur Berliner Wohnungspolitik,
- Dokumentation der Tagung "Gewalt in der Stadt" zum Selbstkostenpreis von 5,-DM, zuzüglich Porto.
- zu bestellen beim Evangelischen Bildungswerk Berlin - Haus der Kirche - Goethestr. 27-30, 1000 Berlin 12, Tel.: 030 / 31 91 262, Selbstkostenpreis 5,- DM zuzügl. Porto.
- Dokumentation zu den Hausbesetzungen: zu bestellen bei der Superintendatur Kreuzberg, Nostitzstr. 6-7, 1000 Berlin 61, Selbstkostenpreis 5,-DM, zuzügl. Porto.
- Dokumentation der Tagung "Alternativen zur Berliner Wohnungspolitik" zum Preis von 5,- DM + Porto, zu beziehen beim Berliner Mietverein, Spichernstr. 12, 1000 Berlin 30.

An alle Hausbesetzer die Angst vor kommenden Zeiten haben: die alten waren so toll auch nicht.

Europäische Kampagne zur Stadterneuerung Freiheit macht Stadt!

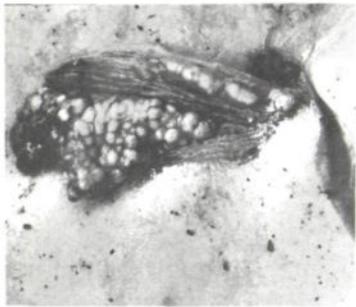
Suche nach Konzepten der Selbstbestimmung und der lebendigen Vielfalt des Rhein-Neckarraumes. Seminar an der TH Darmstadt, Fachbereich Architektur am 1.-3. Okt. 1981. Drei Tage Information, Exkursion, und Diskussion, Literatur, Theater, Ausstellung. Schirmherrschaft: Deutscher Ausschuss für die Europäische Kampagne zur Stadterneuerung. Anmeldung: GRAS Gruppe Architektur und Stadterhaltung Ludwighöhe 37a 6100 Darmstadt

Dokumentation Stadterneuerung Berlin

Am Institut für Wohnungsbau und Stadtteilplanung (IWOS) des FB 8 der TU Berlin (IWOS-BIB, A 906a), Straße des 17. Juni 135, 1 Berlin 12, ist im Januar 81 eine Broschüre von Volker Heise zum Thema „Bedingungen und Formen der Stadterneuerung in Berlin-West, dargestellt an zwei innerstädtischen Wohngebieten in Berlin-Kreuzberg“ (es handelt sich hierbei um die Gebiete um den Görlitzer Bahnhof und das Kottbusser Tor) erschienen (Preis: 2,- DM). Der Text ist im Rahmen des Forschungsprojektes „Internationaler Vergleich der Stadterneuerung“ entstanden.

Am Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) des FB 2 der TU Berlin, Projektzentrum, Dovestraße 1, 1000 Berlin 10, ist im Mai 81 die Dokumentation einer Tagung des „Forums Stadtpolitik“ mit dem Titel „Wohnungsnot-Instandbesetzung? Ein ganztägliches Forum für Betroffene, Experten und Politiker am 12.2.1981“ erschienen (Preis noch unklar, 5 oder 10 DM). Die Broschüre umfaßt neben einem kleinen Dokumentenanhang drei Teile: 1. Instandbesetzer und Mieterinitiativen berichten, 2. Experten nehmen Stellung, 3. Diskussion mit Politikern: Instandbesetzer und Stadterneuerung - Politische Forderungen und Konsequenzen.

Blockade - Illustrierte



Fischer klagen über Krebsgeschwüre an 30% der gefangenen Fische. Neue Industrien machen aus der wunderschönen Marschlandschaft an der Unterelbe ein zweites Ruhrgebiet. Tausende Chemiarbeiter werden bei Bayer-Leverkusen ihren Arbeitsplatz verlieren. Umweltschützer blockieren in Leverkusen und Nordenham den Abtransport giftiger Dünnsäure der Chemiekonzerne Bayer und Kronos-Titan: Eine Woche lang agieren, informieren, zittern für eine saubere See. Hintergründe, Dokumente, Reportagen, Interviews über die Verschmutzung der Nordsee und der Elbe, sowie Berichte über die Aktionen vom Herbst 1980 können Sie in der „BLOCKADE-ILLUSTRIERTE“ nachlesen, die vom Arbeitskreis Chemische Industrie, Greenpeace, dem BBU, den Elbfischern und anderen herausgegeben wird.



„BLOCKADE-ILLUSTRIERTE“ 40 Seiten, über 100 Fotos, zweifarbiger Umschlag: 5 Mark Nur gegen Vorauszahlung: Scheck/Briefmarken/Bargeld an den AK Chem. Industrie, c/o Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln 1, Ruf 0221/21 3685 oder Überweisung auf das Konto der Sparkasse Köln 32 53 29 54 (AK Chem. Industrie). Initiativpreis ab 20 Expl. 3 Mark, Buchhandel 30% Versand frei.

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift

für

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Schwerpunkt:

Wettdenken für den Krieg: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter.
Arbeiten für die Katz * Perversion oder Weiterentwicklung * Luftschlacht über dem Atlantik * NATO-Strategien * Krieg der Sternchen * Der Krieg ist eine Messe wert *

Weitere Themen:

Fördert Valium Tumorbildung? * Ingenieurstudium - Nein danke * Perspektiven radikaler Wissenschaft * Protopia * Das gefährliche Zögern des Umweltbundesamtes * Technik im Krankenhaus *

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

DM 5.- Einzelheft

DM 20.- Abonnement für 4 Hefte
(incl. Versandkosten).

erscheint vierteljährlich

HOCHSCHULE DER KÜNSTE



BERLIN

An der Hochschule der Künste Berlin ist im Fachbereich 11 - Ästhetische Erziehung, Kunst- und Kulturwissenschaften - die Stelle für eine(n)

PROFESSOR(IN) - Besgr. C 4 -

für das Lehrgebiet "Umweltgestaltung (Bauen, Wohnen, Design)" zu besetzen.

Kennziffer: 11/21/81

Aufgabengebiet:

Bearbeitung des folgenden Gegenstandsbereichs in Forschung und Lehre:

- Der räumliche Haushalt des Menschen, seine
- Beschaffenheit,
- Einrichtungen und
- Benutzbarkeit,

und zwar bezogen auf die unterschiedlichen Sphären, in denen der Mensch sich bewegt (Wohnraum, Arbeitsraum, Öffentlichkeit, usw.).

Dieser Gegenstand hat sowohl eine aktuelle als auch eine historische Dimension. Dabei ist im wesentlichen von durchschnittlichen Lebensverhältnissen und von Alltagserfahrungen auszugehen.

Erwartet wird:

1. Fähigkeit und Bereitschaft, Arbeitsergebnisse nicht nur in schriftlicher Form zu veröffentlichen, sondern auch in Form von Modellen, Ausstellungen und Filmen o.ä. unter Anwendung verschiedener visueller und dreidimensionaler Medien sowie unter Einbeziehung von Adressaten und Berücksichtigung von Bürgeraktivitäten. (Erfahrungen in Ausstellungspraxis mit einfachen Mitteln sind erwünscht.)
2. Fähigkeit und Bereitschaft, schulpraxisorientiert im Lehrerstudium mitzuarbeiten, diesbezügliche Theorie-Praxis-Seminare und Projekte mit Studenten durchzuführen (vgl. die Curriculumelemente Architektur, Stadtplanung, gestaltete Umwelt des Rahmenplans für die Berliner Schulen).
3. Bereitschaft zur Kooperation bei der Integration dieses Studiengangs in den gesamten Studienplan und zur Mitarbeit in den Gremien der Hochschule.

Bewerber(innen) müssen die Voraussetzungen des § 134 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (BerlHG) vom 22.12.1978 erfüllen (Hochschulabschluß, Promotion oder der Promotion gleichwertige Veröfentlichungen bzw. entspr. ästhetisch-praktische Qualifikation, fünfjährige Lehrerschaft).

Bewerbungen sind mit Lichtbild, tabellarisch abgefaßtem Lebenslauf, Zeugnissen usw. innerhalb von 4 Wochen unter Angabe der Kennziffer zu richten an die HOCHSCHULE DER KÜNSTE BERLIN - I A 10 - Postfach 126720, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/ 3 41 60 51.